



„Marburg gegen rechts“: Wie vergangene Woche in der Universitätsstadt soll es am Samstag auch in Wetzlar zugehen.

Foto: Christian Lademann/dpa (Archiv)

„Personenschutz für die Demokratie“

Vereint wollen viele Tausend Menschen am Samstag in Wetzlar gegen Rechtsextremismus demonstrieren

Von Pascal Reeber

WETZLAR. Es dürfte die größte Kundgebung in der jüngeren Geschichte Wetzlars werden: Gemeint ist der Protest gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Hetze, zu dem das Demokratiebündnis Lahn-Dill für Samstag unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt“ einlädt. Zum Vergleich: In Spitzenzeiten des Widerstandes gegen die Corona-Maßnahmen hatten Impfgegner gut 1500 Menschen motiviert.

Die Route führt nicht mehr durch die Altstadt

Bei diesen Zahlen dürfte es am Wochenende nicht bleiben. Hatten die Veranstalter zunächst mit 1000 Teilnehmern gerechnet, werden mittlerweile deutlich mehr erwartet. Das hat Folgen. Die geplante Kundgebung wurde vom Domplatz zum Neuen Rathaus verlegt. Die Sicherheitsbehörden hatten Bedenken angemeldet, dass der Domplatz für 3500 bis 5000 Menschen deutlich zu eng ist.

Am Zeitplan hat sich hingegen nichts geändert. Geplant ist, dass sich die Teilnehmer in der Bahnhofstraße einfinden und um 15.15 Uhr auf den Weg machen. Treffpunkt ist nicht länger nur der Platz vor dem Herkulescenter, sondern die gesamte Fußgängerzone. „Wenn dieser Platz aufgrund von vieler Teilnehmenden nicht ausreichen sollte, wird die Eduard-Kaiser-Straße bis zur Gloelstraße als Pufferzone mitgenutzt und ein zweiter Demonstrationzug gebildet“, berichtet Organisator Ernst Richter.

Die Demo führt wegen des geänderten Zielortes nicht mehr durch die Altstadt. Vom Buderusplatz geht es über den Karl-Kellner-Ring und durch die Langgasse, zurück auf den Ring und bis zur Wetzbach-

„Nie wieder ist jetzt“: Mit diesem Plakat wirbt das Demokratiebündnis Lahn-Dill für die Demo. Foto: Demokratiebündnis Lahn-Dill

„KINDER FÜR DEN FRIEDEN“

► Teil der Aktionen gegen Hass und für die Demokratie in Wetzlar am Samstag ist auch die Initiative „Kinder für den Frieden“. Sie war aus Protest gegen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine gegründet worden. Seither findet **jeden Sonntag um 17 Uhr** auf dem Wetzlarer Domplatz eine **Mahnwache** für die Ukraine statt.

► Am Samstag will die Initiative mit bunten Farben für die **Vielfältigkeit der Gesellschaft demonstrieren**. Organisatorin Kathrin Hümmerich hat sich zuvor an die Elternbeiräte Wetzlarer Schulen gerichtet und dort um

Unterstützung geworben. Auch Vereine seien angefragt. Willkommen ist jeder, der spontan vorbeikommt.

► Um sich nicht zu verfehlen, trifft sich die Gruppe „Kinder für den Frieden“ **um 14.45 Uhr vor der Stadtbibliothek** in der Bahnhofstraße. Teilnehmer sollen in bunten Kleidern oder Kostümen erscheinen. Wer nichts dabei hat, wird vor Ort ausgestattet. „Wir haben **Bänder in Regenbogenfarben und Ballons** vorbereitet“, sagt Hümmerich. „Hauptsache, es kommen möglichst viele Familien.“ (pre)

straße. Die Teilnehmer werden sich dort auf dem Parkplatz des Neuen Rathauses versammeln. Für diesen Ort und gegen den Domplatz spricht die höhere Kapazität. 5000 Menschen können Platz finden. Bei Bedarf könnten sogar noch der Karl-Kellner-Ring und die Wetzbachstraße genutzt werden.

Ursprünglich war man beim Demokratiebündnis von 1000 Teilnehmern ausgegangen. Nun stellt Richter fest: „Aufgrund der Erfahrungswerte der letzten beiden Wochen ist davon auszugehen, dass rund zehn Prozent der Bevölkerung den Aufrufen gefolgt ist, mit steigender Tendenz. Bei einer Einwohnerzahl von 50.000 wären 5000 und mehr Teilnehmer in Wetzlar realistisch.“

Konservative: Rechts nicht mit rechtsextrem verwechseln

Nach dem Zug durch die Stadt ist für 16 Uhr am Neuen Rathaus eine Kundgebung geplant, moderiert von Renée Herrkind und Joachim Schaefer. Auftaktredner ist Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD). Es folgen kurze Aussagen von Menschen, die aus verschiedenen Perspektiven auf die Gefahren des Rechtsextremismus hinweisen.

Darunter befinden sich NS-Zeitzeugin Gisela Jäckel, Bettina Twrsnick (Flüchtlingshilfe), eine seit 40 Jahren in Deutschland lebende Iranerin, ein Vertreter von „Fridays for Future“ und ein homosexueller Mann. Zudem ist ein Musikprogramm geplant. Voraussichtliches Ende: 18 Uhr.

Hinter dem „Demokratiebündnis Lahn-Dill“ stehen federführend die Initiative „Wetzlar solidarisch“ und der Verein „Wetzlar erinnert“. An den Organisationstreffen hatten aber auch die Kirchen, die Würdegruppe, Linke, Jusos

und Grünen-Vertreter teilgenommen. Im konservativen Teil des Parteienspektrums sorgt dies für Missfallen. Aus Reihen von FDP und CDU heißt es, wer breite gesellschaftliche Unterstützung erhalten wollte, dürfe Rechtsextremismus nicht mit „rechts“ verwechseln.

Diesen Vorwurf lässt Joachim Schaefer, der am Samstag ebenfalls moderieren wird, nicht gelten. „Wir haben offen eingeladen und alle demokratischen Parteien sind willkommen. In jeder Vorbereitungsphase wurde gesagt, dass es wichtig ist, alle Parteien mitzunehmen und keinen auszuschließen.“ Überdies gelte: Dabei ist, wer dabei ist. Außer AfD und „Die Heimat“ (vormals NPD) seien am Samstag Vertreter aller demokratischen Parteien gern gesehen.

Im Vorfeld hatte das Demokratiebündnis einen Spendenaufruf gestartet. Unter anderem muss der Druck von Plakaten bezahlt werden, die Technik, die Gebühren für das Musikprogramm. „Es sind bereits über 2500 Euro eingegangen“, freut sich Herrkind.

Im Einsatz hat das Bündnis zudem über 50 Ordner, die neben Polizei und Ordnungsamt für einen reibungslosen Verlauf von Demonstration und Kundgebung sorgen. Auch die HSG habe man angeschrieben und hoffe auf bekannte Sportler als Teilnehmer. Herrkind hofft, dass möglichst viele unterschiedliche Menschen teilnehmen.

„Wir wollen vorrangig für die Demokratie eintreten und nicht gegen jemanden. Wir sind für eine diverse, integrative Gesellschaft und wollen mit einer Prise Leichtigkeit und Kreativität dafür eintreten. Es geht um Personenschutz für unsere Demokratie.“ Teilnehmer sind aufgerufen, Plakate und Transparente mitzubringen.

Das treibt „Omas gegen rechts“ an

Demonstrieren statt daheim auf der Couch im Warmen zu sitzen: Was sich die Gruppe für die Zukunft wünscht

Von Laura Wilken

WETZLAR/GIESSEN. „Dass ich in meinem hohen Alter wieder dauernd auf der Straße stehen muss, ist traurig. Das habe ich schon mit 20 Jahren ständig machen müssen“, sagt die 75-jährige Renate Weber. Damals hatte sie gegen den Vietnam-Krieg protestiert.

Gerlinde Bauer und Inge Bietz stimmen ihr nickend zu. Die drei Frauen sind Mitglieder der Gießener Gruppe „Omas gegen rechts“.

Vor rund zwei Wochen sind sie in Gießen auf die Straße gegangen und haben zusammen mit 13.000 Teilnehmern gegen Rechtsextremismus demonstriert. Auch an diesem Samstag in Wetzlar wollen sie ein Zeichen setzen und sich der Demonstration „Nie wieder ist jetzt!“ anschließen.



„Dass ich in meinem hohen Alter wieder dauernd auf der Straße stehen muss, ist traurig. Das habe ich schon mit 20 Jahren ständig machen müssen.“

Renate Weber (75), Mitglied der Gruppe „Oma gegen rechts“

„Alle von uns, die es schaffen, ihre müden Knochen aufzuraffen, werden in Wetzlar präsent sein“, sagt Renate Weber und grinst.

Im Jahr 2018 hat sich die Gießener Gruppe „Omas gegen rechts“ gegründet. Knapp 170 Mitglieder hat die Organisation mittlerweile. Davon sind 40 „Omas“ aktiv dabei und nehmen an Demonstrationen oder Kundgebungen teil. Zusammen setzen sie sich für



Protest – auch wenn es eisekalt ist: Die Gießener Gruppe „Omas gegen rechts“ geht auch am Samstag in Wetzlar auf die Straße. Sie demonstriert unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt!“ gegen Rechtsextremismus. Foto: Leila Schmidt

eine freie, demokratische, soziale und tolerante Gesellschaft ein.

Die meisten von ihnen kommen aus dem Raum Gießen. „In Wetzlar gibt es leider noch keine ‚Omas gegen rechts‘. Deswegen haben sich zwei Wetzlarerinnen uns angeschlossen“, sagt die 66-jährige Gerlinde Bauer.

Schon als Lehrerin hat sich Renate Weber engagiert

In Gießen sind die Frauen mittlerweile bekannt. „An uns kommt man nicht mehr so schnell vorbei“, weiß Renate Weber. Die ehemalige Lehrerin setzt sich schon seit ihrer Jugend für demokratische Werte ein. „Ich habe 40 Jahre lang versucht, Schüler demokratisch zu erziehen. Ich hoffe,

mir ist das gelungen.“ Die Beteiligung an der Demonstration in Gießen hat die Frauen überwältigt. „Es war bombastisch“, sagt Gerlinde Bauer. Ursprünglich war die Demo für 250 Leute angemeldet. „Wir hätten nicht gedacht, dass in Gießen so viele Menschen auf die Straße gehen“, sagt die 82-jährige Inge Bietz.

Besonders das Alter der Demonstranten hat die „Omas“ gefreut. „Es waren so viele junge Leute auf der Straße und nicht nur wir Alten“, sagt Bietz und lacht. Als sie 2019 angefangen haben, auf die Straße zu gehen, war das anders: „Außer uns und den Parteien war kaum jemand da. Das war enttäuschend“, erzählt die 82-Jährige.

Die Frauen hoffen, dass die große Beteiligung an den

WER SIND DIE „OMAS GEGEN RECHTS?“

► Die Initiative „Omas gegen rechts“ wurde **2017 in Wien gegründet**. – Die Gründung war eine **Reaktion auf die Koalition der Österreichischen Volkspartei mit der Freiheitlichen Partei Österreichs in der Bundesregierung Sebastian Kurz I.**

► Seit 2018 ist die Initiative auch in Deutschland aktiv. Es gibt die Gruppe **in mehr als 70 Städten**. Wer sich an der Gießener Gruppe „Omas gegen rechts“ beteiligen möchte, kann sich per E-Mail an **omas-gegen-rechts-giessen@t-online.de** wenden.

Demonstrationen anhält. „Die Bewegung ist ja mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft angekommen“, sagt Bauer.



„Wir haben noch nie so viele Anfragen gehabt wie in den letzten 14 Tagen.“

Inge Bietz (82), Mitglied der Gruppe „Oma gegen rechts“

In den vergangenen Tagen hätten die „Omas gegen rechts“ viel Zuspruch erhalten. „Wir haben noch nie so viele Anfragen gehabt wie in den letzten 14 Tagen“, sagt Inge Bietz beeindruckt. Viele wollen sich der Gruppe anschließen und zusammen gegen Rechtsextremismus demonstrieren.

Mit dem Verein „Omas gegen rechts Deutschland“ stehen sie im regelmäßigen Austausch. Aber nicht mit allen Ansichten und Forderungen stimmen sie überein. So zum Beispiel zur Debatte um ein mögliches AfD-Verbot. In der vergangenen Woche haben sich die „Omas gegen rechts Deutschland“ in einem offenen Brief an die Bundesregierung gewandt. Die Forderung: ein Ver-

bot der AfD. Denn diese würde die Demokratie nicht nur „unterwandern“, sondern „zerstören“.

Inge Bietz steht einem Verbot kritisch gegenüber. Ihre Befürchtung: Die AfD bekommt dadurch nur noch mehr Zulauf. „So nach dem Motto: ‚Die haben uns kaputtgemacht, wir sind die Armen, und jetzt müssen uns alle unterstützen‘“, sagt sie. Auch Renate Weber hält ein Verbot nicht für den „richtigen Weg“. Gerlinde Bauer hingegen sieht das anders. Für sie wäre ein Verbot der Partei ein Zeichen für die Demokratie.

Nicht immer sind die drei einer Meinung

Die drei Frauen sind sich nicht immer einig. Aber das ist auch nicht ihr erklärtes Ziel. „Wir möchten die Rechten zurückdrängen“, sagt Inge Bietz. Auch in Zukunft möchte das Trio mit den „Omas gegen rechts“ aus Gießen auf die Straße gehen und sich für die Demokratie einsetzen. „Es geht mir besser damit, wenn ich auf die Straße gehe und friere, als wenn ich zu Hause sitze und nichts tue“, sagt Renate Weber. Auch in diesem Punkt stimmen ihr die beiden anderen „Omas“ nickend zu.



Setzen sich seit 2018 mit der Gießener Gruppe „Omas gegen rechts“ unter anderem gegen Rechtsextremismus ein (v.l.): Inge Bietz, Renate Weber und Gerlinde Bauer. Foto: Laura Wilken